

EU-Förderung für Engagement und Partizipation

Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2014–2020

Auf Einladung der Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland sowie des BBE fanden sich am 12. November 2013 über 200 Interessierte zu der Fachveranstaltung »EU-Förderung für Engagement und Partizipation in Europa« im Europäischen Haus in Berlin ein: Sie hörten Vorträge über die neue Generation der Programme JUGEND IN AKTION, GRUNDTVIG sowie »Europa für Bürgerinnen und Bürger« – EU-Programme, die in unterschiedlicher Weise Engagement und Partizipation in Europa fördern. Anschließend diskutierten auf dem Podium Vertreter/innen von EU-Gremien sowie europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen über Möglichkeiten der Partizipation in Europa.

Die Veranstaltung fand im Kontext des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 statt, denn in diesem Jahr soll die Wahrnehmung der Bürger/innen für ihre Unionsbürgerrechte gestärkt werden. Dazu gehört auch das Recht der EU-Bürger auf Partizipation an der europäischen Politikgestaltung. Im Folgenden geht es um den Beitrag, den das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2014–2020 zur Förderung von Engagement und Partizipation in Europa leistet.

Das Recht auf Partizipation und Instrumente zu seiner Umsetzung

Im EU-Vertrag von Lissabon ist das Recht der Bürger/innen und der repräsentativen Verbände auf Partizipation »am demokratischen Leben der Union« verankert: Artikel 11 EUV besagt, dass die EU-Organe ihnen Möglichkeiten bieten sollen, ihre Ansichten öffentlich kundzutun, und dass sie einen »offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog« mit der Zivilgesellschaft pflegen sollen. Absatz 4 regelt zudem das Recht auf Einreichung einer Europäische Bürgerinitiative (EBI), das – im April 2013 eingeführt – bereits rege in Anspruch genommen wird.

Es gibt einige Instrumente zur Umsetzung des Artikels 11, wie Anhörungen und Konsultationen seitens der Europäischen Kommission oder die so genannten »Strukturierten Dialoge« mit der Zivilgesellschaft, die in mehreren Politikfeldern eingeführt wurden.¹ Auch EU-Förderprogramme tragen zur Umsetzung des Artikels 11 bei, wenn sie Anlässe für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters schaffen, sich grenzübergreifend auszutauschen und mit ihren Anliegen bezüglich europaweit relevanter Themen zu vernetzen. Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2014–2020) wird – so steht es im Verordnungstext – vor dem Hintergrund der Artikel 10 (repräsentative Demokratie) und 11 (partizipative Demokratie) umgesetzt werden.

Im Arbeitsprogramm 2014 für die Umsetzung des Bürgerschaftsprogramms heißt es unter Bezug auf Artikel 11: »Europa steht (...) für die nächsten sieben Jahre vor einem anspruchsvollen politischen Programm, in dem es um bedeutende Fragen geht. Notwendig sind Entscheidungen und politische Maßnahmen zu Fragen, die vom Wirtschaftswachstum über die Sicherheit bis hin zur Rolle Europas in der Welt reichen, weshalb es heute wichtiger denn je ist, die Bürgerinnen und Bürger an der Debatte zu beteiligen und sie in die Gestaltung der Politik einzubinden. Angesichts der Tatsache, dass die Unionsbürgerschaft einen maßgeblichen Beitrag zu Stärkung und Sicherung des europäischen Integrationsprozesses leistet, fördert die Europäische Kommission weiterhin das Engagement der Unionsbürgerinnen und -bürger in allen Bereichen des Lebens in ihrer Gemeinschaft und versetzt diese so in die Lage, sich am immer engeren Zusammenwachsen Europas zu beteiligen.« (Europäische Kommission 2013: 8) Damit ist ein hoher Anspruch für das kleine Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« formuliert: einerseits das Engagement der Bürger/innen für Europa zu fördern und andererseits deren Beteiligung an der politischen Gestaltung Europas. Es drängt sich die Frage auf, wie aus Engagement politische Mitgestaltung werden kann, konkreter: welche Instrumente es dafür gibt, das mit den Projekten mobilisierte Engagement, aus dem heraus Veränderungswünsche und -vorschläge artikuliert werden, in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Sobald der Rat die Verordnung offiziell angenommen hat, kann das Programm Anfang 2014 starten. Es wird aus zwei Förderbereichen bestehen: 1. »Europäisches Geschichtsbewusstsein« und 2. »Demokratisches Engagement und Partizipation«. Alle

¹ Siehe Gastbeiträge von Marie-Thérèse Duffy-Häusler und Christian Moos, veröffentlicht im 11. BBE-Europa-Newsletter am 17.12.2013.

Aktivitäten, die bisher förderfähig waren, werden weiterhin durch das Programm unterstützt. Insofern können wir den möglichen Beitrag des künftigen Bürgerschaftsprogramms zu mehr Partizipation an europäischen Entwicklungen anhand der Erfahrungen mit dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2007–2013 zu ermessen versuchen.

Das Bürgerschaftsprogramm ermöglicht politische Partizipation

Im Rahmen der vielen kleinen und großen Projekte, die mithilfe eines Zuschusses aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2007–2013 stattfanden, wurden – neben den persönlichen Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und damit aus unterschiedlichen Lebenswelten – in transnationalen Debatten Ideen zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen von europaweiter, oftmals auch globaler, Relevanz entwickelt (z.B. der demografische Wandel, nachhaltige Energiekonzepte oder die Inklusion von Menschen mit Behinderungen). Die Themenpalette ist vielfältig, die Formate, die Projektträger für die Auseinandersetzung mit ihnen wählen, sind es ebenso.

Eine große Rolle spielt in den Bürgerschaftsprojekten der Faktor „Lernen“, sei es im Sinne der Wissensvermittlung, in Form von fachlichem Erfahrungsaustausch oder von Übungs- und Lernsituationen wie selbstorganisierten internationalen Treffen oder Planspielen. In ihrer Studie »Participatory Citizenship in the European Union« heben Bryony Hoskins und David Kerr die besondere Bedeutung des lebenslangen Lernens zur Herausbildung einer partizipativen Bürgerschaft hervor. Es genüge nicht, Partizipationsrechte zu haben, die Bürger/innen müssten auch in der Lage sein, diese auszuüben (Hoskins/Kerr 2012: 10). Dieser Bildungsansatz zieht sich neben dem der europaweiten Vernetzung – wie ein roter Faden – durch alle Aktivitäten, die aus dem Programm gefördert werden.

Im Folgenden werden dennoch Formen von Partizipation unterschieden, da für sie möglicherweise unterschiedliche Instrumente und Wege gefunden werden müssen, um ihnen im Rahmen der EU-Politik zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen. Unter dem Aspekt ihres Partizipationsansatzes (im Sinne von Mitgestaltung) werden im Folgenden drei Kategorien von Projekten herausgestellt² und mit Beispielen illustriert:

² Dabei handelt es sich um eine Typisierung hinsichtlich unterschiedlicher Arten von Partizipation; in der Realität verbinden die Projekte häufig verschiedene Partizipationsaspekte. Berücksichtigt wurden für diese Typisierung – entsprechend dem Zuständigkeitsbereich der KS EfBB – europäische Kooperationsprojekte, die von deutschen

- Projekte, die zu Engagement für Europa bzw. europäische Themen anregen und befähigen wollen,
- Projekte zum grenzübergreifenden Fachaustausch über Themen von europäischer Relevanz,
- Projekte, die Methoden zur grenzübergreifenden Bürgerbeteiligung einsetzen, Meinungen bündeln und an EU-Gremien vermitteln.

Engagement für Europa bzw. europäische Themen

In einer Vielzahl von Projekten befassen sich die Träger mit den Themen Engagement und Partizipation in Europa in der weiten Spanne zwischen lokalem Engagement, das zur Gestaltung des konkreten Umfeldes beiträgt und somit als Baustein in der Gestaltung Europas angesehen werden kann, über transnationale Lernsituationen, in deren Rahmen Partizipation erprobt werden kann, bis hin zu Instrumenten, die als Anregung zur Teilnahme an politischen Prozessen anregen sollen³. Zwei Projektbeispiele können diese Spanne illustrieren:

Erstes Beispiel: Der Verein Die Starkmacher e.V., Mannheim, setzen gemeinsam mit fünf Organisationen der Jugend- und Kulturarbeit aus Italien, Litauen, Portugal, Slowenien und Tschechien ein Filmprojekt mit dem Titel »Young faces of Europe« um, das im Frühjahr 2014 abgeschlossen wird. Die Projektpartner möchten Europa als gestaltbaren Raum erfahrbar machen und zu lokalem Engagement anregen. Es werden sechs Kurzfilme über lokale Initiativen von Jugendlichen in sechs europäischen Ländern entstehen. Zusammen mit der Dokumentation der Dreharbeiten werden diese zu einem Film verarbeitet, der Fragen beleuchtet, die sich aus dieser europäischen Produktion ergeben. Es werden aber auch Fragen diskutiert, denen sich europäische Jugendliche derzeit gegenüber sehen, wie ihre

Trägern federführend umgesetzt wurden. Broschüren mit Beschreibungen geförderter Projekte sind zu finden unter: www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/publikationen.

³ Im Rahmen des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2007–2013 wurde diese Art von Projekten im Wesentlichen in Form von Bürgerbegegnungen (Aktion 1, Maßnahme 1.1) und zivilgesellschaftlichen Projekten (Aktion 2, Maßnahme 3) gefördert. Im künftigen Bürgerschaftsprogramm sind beide Maßnahmen in Förderbereich 2 integriert.

Perspektiven am Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Teilhabe oder die Integrität der Europäischen Union.⁴

Zweites Beispiel: Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB) erhielt 2008 einen Zuschuss aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« für die Erstellung der Internetplattform »EURvote – EURvoice«, die auf die Teilnahme an der Europawahl 2009 vorbereiten wollte. Das Thema ist heute wieder sehr aktuell, aber leider ist die Internetseite nicht mehr zugänglich. Zu finden waren allgemeine Informationen zu den Wahlen des Europäischen Parlaments und zu den fünf Themen Arbeit, Bildung, soziale Sicherung, Migration und Zusammenhalt in Europa. Nutzer konnten Interviews mit Europaabgeordneten kommentieren oder untereinander diskutieren. Eine interaktive Besonderheit war das EU-Barometer: Hier konnten Bürger/innen ihr Votum zu den genannten Themen abgeben. Diese wurden an die Kandidat/innen der Europawahl 2009 geschickt, um auf die Relevanz der sozialen Themen für Bürger/innen in Europa aufmerksam zu machen.

Grenzübergreifender Fachaustausch über Themen von europäischer Relevanz

Aufgrund gesellschaftlicher, aber auch ökologischer und technologischer Veränderungen in Europa und weltweit stehen europäische Städte und Gemeinden vor den gleichen Herausforderungen. Insbesondere ähnlich strukturierte Kommunen profitieren von der Vernetzung und dem inhaltlichen Fachaustausch über kommunalpolitische Themen von gemeinsamem Interesse. Schon mit dem transnationalen Erfahrungsaustausch, erst recht aber mit der Erarbeitung von Leitbildern und Resolutionen, die sich an lokale und regionale Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Einrichtungen richten, tragen die kommunalen Vernetzungsprojekte zur Weiterentwicklung von Lösungsansätzen in Europa bei.⁵ Häufig sind sie von hohen Ansprüchen angetrieben und zeichnen sich sowohl durch die Mobilisierung von Expertenwissen aus als auch durch die Einbeziehung der jeweils lokalen Belange von Einrichtungen und Bürger/innen.

⁴ Weitere Informationen unter www.starkmacher.eu/index.php?id=332 (letzter Zugriff: 10.12.2013).

⁵ Im Rahmen des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2007–2013 wurde diese Art von Projekten im Wesentlichen unter dem Titel »Vernetzung von Partnerstädten« (Aktion 1, Maßnahme 1.2) gefördert. Im künftigen Bürgerschaftsprogramm ist sie in Förderbereich 2 integriert.

Erstes Beispiel: Antragsteller des »TwinTownClimate«-Projekts war die Universitäts- und Hansestadt Greifswald. In den Jahren 2010 bis 2012 befassten sich Fachleute aus Verwaltung, Wissenschaft und Einrichtungen aus Greifswald und den sechs Partnerstädten in Schweden, Großbritannien, Estland, Polen und Deutschland in fünf Konferenzen mit verschiedenen Aspekten der Umsetzung der EU-Klimaschutzziele auf lokaler Ebene. Themen waren Methoden zur CO₂-Bilanzierung, die Minderung von Emissionen durch Gebäudesanierungen sowie im Verkehr, Energieversorgung und schließlich die Bürgerbeteiligung beim Klimaschutzprozess. Die Ergebnisse des Vernetzungsprojekts wollen die beteiligten Kommunen künftig bei der Erarbeitung von Leitbildern und Zukunftsstrategien einfließen lassen.⁶

Zweites Beispiel: »Net4Ps+« ist ein Netzwerk für nachhaltigen Tourismus. In den Jahren 2011 bis 2013 organisierten die Stadt Lörrach und ihre drei Partnerstädte aus Frankreich, Italien und Großbritannien mit Städten aus Portugal, Spanien, Kroatien und der Türkei unter Beteiligung von Universitäten und Fachhochschulen drei Tourismuskonferenzen und zwei Workshops. Neben dem Austausch von vorbildlichen Verfahren im Bereich des nachhaltigen Tourismus ging es um die Sensibilisierung von künftigem Fachpersonal und von Bürger/innen. Besondere Aspekte waren Themen wie Ehrenamt im Tourismus, Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderungen, Regionalität von Angeboten sowie Fahrradtourismus. Gemeinsam entwickelten die Partner Ziele und Kriterien für Qualitätsstandards für nachhaltigen Tourismus und unterzeichneten eine Resolution für nachhaltigen Tourismus in den vier Partnerstädten, die eine Selbstverpflichtung zum Ausbau der Nord-Süd-Partnerschaft enthält.⁷

Grenzübergreifende Bürgerbeteiligung

Im Rahmen des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« wurden – und werden auch künftig – transnationale Kooperationsprojekte unterstützt, die innovative Formen der Bürgerbeteiligung einsetzen, um Meinungen von Bürger/innen zu bestimmten Politikfeldern (z.B. Sport oder Kultur) oder zu konkreten Strategien europäischer Politik zu sammeln⁸. Nicht

⁶ Weitere Informationen unter <http://klimaschutz-greifswald.blogspot.de> (letzter Zugriff: 10.12.2013).

⁷ Weitere Informationen unter www.net4ps.eu (letzter Zugriff 10.12.2013).

⁸ Im Rahmen des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« 2007–2013 wurde diese Art von Projekten unter dem Titel »Bürgerprojekte« im Rahmen von Aktion 1, Maßnahme

selten entstehen aus diesen Beteiligungsprojekten Positionspapiere und Forderungskataloge, die an nationale und europäische Entscheidungsträger gerichtet sind.

Erstes Beispiel: Das Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm koordinierte das transnationale Projekt »Danube Networkers – Neighbours at Work«, in dessen Rahmen ältere Bürgerinnen und Bürger 2011 die Chancen und Risiken der gegenwärtigen Entwicklungen der EU-Donauraumstrategie verstehen lernen, eigene Interessen artikulieren und Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft der Region definieren sollten. Das ZAWiW und seine fünf Partnerorganisationen aus Bulgarien, Kroatien, Österreich, Rumänien und Slowenien organisierten in allen beteiligten Ländern lokale Bürgerforen zu den Themen Aktives Altern in Europa und Solidarität zwischen den Generationen, Migration als Herausforderung und Minderheiten als Chance, Nachhaltigkeit des Kulturerbes sowie nationale und europäische Identität und schließlich Ökologie und Umwelt. Zudem lernten die Teilnehmer/innen im Rahmen eines Planspiels die Organisation und Entscheidungsprozesse der EU kennen. Auf transnationalen Konferenzen wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Lebens älterer Menschen in den Ländern der Donauregion diskutiert und gemeinsame Vorschläge und Forderungen an die EU-Politik erarbeitet. Die Ergebnisse der Bürgerforen und die gemeinsam erarbeitete Resolution »Rolle des lebenslangen Lernen für das Aktive Altern im Donauraum« wurden mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus Deutschland und Rumänien diskutiert und an weitere politische Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene geschickt, mit der Bitte, sich für die Belange der Senioren einzusetzen.⁹

Zweites Beispiel: Der Verein World Café Europe e.V., München, widmete sich mit seinen sechs Partnern aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Tschechien im »Europäischen Jahr für Aktives Altern und Solidarität der Generationen 2012« ebenfalls diesem Thema. Unter dem Titel »European Voices for Active Aging« fanden in jedem der sechs Länder thematische World Cafés statt, bei denen folgende Themen behandelt wurden: altersfreundliche Städte, Wellness/Gesundheit, bürgerschaftliches Engagement, Lebensplanung/Lebenslanges Lernen, Kreativität und Ausdruck, soziale Innovation. Ziel des Projektes war es, mit dem partizipativen Dialogverfahren Menschen ab 50 Jahren zur Mitgestaltung ihres Umfelds zu motivieren, konkrete Handlungsbedarfe

2.1, gefördert. Im künftigen Bürgerschaftsprogramm ist sie in die Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekte im Förderbereich 2 integriert.

⁹ Weitere Informationen unter www.danet-at-work.eu (letzter Zugriff 10.12.2013).

herauszuarbeiten und die Gründung eines transnationalen Netzwerks älterer Menschen zu initiieren. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Konferenzen wurden in einem Bericht zusammengefasst und an Entscheidungsträger in Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft übermittelt.¹⁰

EU-Organe im Dialog mit der Zivilgesellschaft

Eine spannende Frage ist, wie das Potenzial aus geförderten Projekten für europäische Entscheidungsprozesse genutzt werden kann. Wie kann der hohe Anspruch des Programms eingelöst werden, Bürger/innen und Zivilgesellschaft „in die Gestaltung der Politik einzubinden“, wie er im Arbeitsprogramm 2014 formuliert wird? Auf europäischer Ebene fehlen dafür zurzeit noch gut zugängliche Mechanismen.

In den einzelnen Projekten sind oft Hunderte, in den großen auch über tausend Bürger/innen aktiv involviert. Aus der Zwischenevaluation von 2011, die die Jahre 2007 bis 2009 untersucht, geht hervor, dass in diesen Jahren ca. 2,8 Mio. Personen beteiligt waren (ECORYS 2011: 10-13)¹¹. Die Auswertung des Programms, die Zahlen zur Beteiligung für die gesamte Laufzeit enthalten wird, ist erst im Laufe des Jahres 2015 zu erwarten; es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass insgesamt mehr als doppelt so viele Menschen aktiv einbezogen waren. Am Ende der Laufzeit 2013 dürften europaweit ca. 6.000 Projekte¹² gefördert worden sein. In Relation zu dem kleinen Programmbudget, sind dies beachtliche Ergebnisse. Aber berechtigt diese Quantität zur politischen Einflussnahme?

Anders herum wird ein Schuh daraus: Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« ist finanziell viel zu gering ausgestattet¹³, als dass es Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen in einer Größenordnung in die Debatte über europäische Fragestellungen einbeziehen könnte, die ihren Diskussionsergebnissen erlaubte, Politik gestaltende Wirkung zu entfalten.

¹⁰ Weitere Informationen unter

www.worldcafe.eu/frontend/index.php?page_id=164&ses_id=1a90b711f992f497a207612264492ead (letzter Zugriff 13.12.2013).

¹¹ Da zu Beginn der Laufzeit des Programms die Teilnehmerzahlen offensichtlich unzureichend evaluiert wurden, ist von einer größeren Beteiligung auszugehen.

¹² Schätzung nach internen Statistiken der KS EfBB.

¹³ Für die Laufzeit von 2007 bis 2013 umfasste das Programmbudget 215 Mio. Euro, für die Laufzeit von 2014–2020 sind 185,5 Mio. Euro vorgesehen.

Dennoch wäre zu überlegen, ob die inhaltlichen Ergebnisse der von der EU für gut befundenen Projekte – als solche sind sie zu betrachten, sonst hätten sie keine Förderung erhalten – in EU-Prozesse einbezogen werden können. Denn zu jedem Projektabschluss gehören eine Selbstevaluation sowie eine Dokumentation der Ergebnisse durch die Projektträger. Die Projekte erzielen Ergebnisse zu einzelnen Fachpolitiken, in Bezug auf das Bürgerschaftsprogramm selbst oder hinsichtlich der Wahrnehmung der Bürger/innen von der EU und damit ihre Zukunft. Bisher werden sie eher zufällig, heißt auf Initiative der Projektträger an einzelne Entscheidungsträger gesandt – mit welcher Resonanz ist unbekannt. Hierfür sollte es geregelte Verfahren geben, die sowohl die Übermittlung der Ergebnisse als auch eine Rückmeldung vorsehen.

Denkbar wären z.B. regelmäßige Anhörungen von Projektträgern im Europäischen Parlament, z.B. in den betreffenden Fachausschüssen zu den Themen, mit denen sich die Projektträger befasst haben. Denkbar wären auch Anhörungen oder andere Formen von Konsultationen durch die Europäische Kommission, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und den Ausschuss der Regionen (AdR), so dass die Ergebnisse in Berichten, Stellungnahmen, Grünbüchern oder Mitteilungen Berücksichtigung finden könnten.

Zudem ließe sich der »Strukturierte Dialog mit der Zivilgesellschaft« im Bereich Unionsbürgerschaft ausbauen.¹⁴ Organisationen, die eine Strukturförderung seitens der EU erhalten, sowie weitere Akteure werden regelmäßig zu Austauschveranstaltungen mit der Europäischen Kommission eingeladen. Auf der Fachveranstaltung am 12.11.2013 in Berlin kündigte die Vertreterin der Europäischen Kommission, Frau Marie-Thérèse Duffy-Häusler an, dass die Internetseite künftig mit Erläuterungen zum Verfahren ergänzt und auch die Protokolle der Sitzungen eingestellt würden, damit sich alle Organisationen über den Strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft informieren und ggf. einbringen könnten. Hier stellt sich die Frage, ob dieser Dialog auch die oben genannten EU-Organe einbeziehen könnte.

Von »Mitgestaltung der Politik« kann erst die Rede sein, wenn die Meinungen und Vorschläge der Bürger/innen auch gehört werden. Erst wenn es Verfahren für einen »offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog« gibt, kann das Programm einen sichtbaren Beitrag zur Umsetzung des Artikels 11 EUV leisten.

¹⁴ http://ec.europa.eu/citizenship/about-the-europe-for-citizens-programme/dialogue-with-civil-society/index_de.htm (letzter Zugriff: 10.12.2013).

Quellen:

ECORYS: Interim Evaluation of the Europe for Citizens Programme 2007-13. Final Report, Studie im Auftrag der Europäischen Kommission, Birmingham 2011

Europäische Kommission: Durchführungsbeschluss der Kommission vom 31.10.2013 über die Annahme des Arbeitsprogramms 2014 und der Finanzmittel für die Durchführung des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, C(2013) 7160 final, Brüssel 2013

Hoskins, Bryony / Kerr, David: Participatory Citizenship in the European Union. Final Study Summary and Policy Recommendations (Report 4), hrsg. v. Europäische Kommission, Brüssel 2012

***Christine Wingert**, Kulturwissenschaftlerin M.A., ist Wiss. Mitarbeiterin der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. und in diesem Kontext Leiterin der Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (KS EfBB) sowie Projektleiterin für das Portal www.europa-foerdert-kultur.info. Die KS EfBB ist offizielle Nationale Kontaktstelle für das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« und wird gefördert durch die Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission sowie vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war Christine Wingert unter anderem als Kulturbeauftragte der Gemeinde Worpswede (Niedersachsen) tätig.*

Kontakt: wingert@kontaktstelle-efbb.de, www.kontaktstelle-efbb.de, www.kupoge.de